

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreißendstr. 3

69. Jahrgang

Berlin, den 4. Juli 1931

Nummer 53

Gegen den Abbau übertariflicher Entlohnung

Jedem weiteren Abbau übertariflicher Entlohnung ist von jedem einzelnen Verbandsmitglied mit besten Kräften entgegenzuwirken. Von besonderer Bedeutung für diese Abwehr ist der Verzicht auf Annahme von Stellungsangeboten, die zur Befreiung von Arbeitsstellen dienen sollen, die infolge Lohnabbauversuchs von ihren bisherigen Inhabern entweder freiwillig aufgegeben oder durch Kündigung von Unternehmerseite aufgegeben werden mußten.

Dazu ist unbedingt erforderlich, daß die in § 17 der „Bestimmungen über die Unterstützungen“ nach den Beschlüssen des Verbandsvorstandes vom 5. August 1929 für alle Mitglieder vorgeschriebene Einziehung einer Erkundigung bei dem zuständigen Gauvorsteher vor jedem Konditionswechsel streng beachtet wird. Nichterfüllung dieser fahrgangsgemäßen Pflicht hat zur Folge, daß diese Mitglieder auf die Dauer von 13 Wochen außer Bezug jeder Unterstützung gesetzt werden, ebenso wird im Falle eines Umzugs keine Umzugsbeihilfe gezahlt. Viele Anfragen lassen erkennen, daß über den Begriff „zuständiger Gauvorsteher“ immer noch Unklarheit herrscht. Allwöchentlich gehen bei einzelnen Gauvorstehern Anfragen ein, die an andre Gauvorsteher weitergeleitet werden müssen, wodurch Zeitverschwendung, unnötige Portoauslagen usw. entstehen. Zu nächst ist nur der Vorsteher des Gaues, in dessen Bereich der Betrieb liegt, wohin sich das Mitglied verändern will. Bei Stellenangeboten ist also zunächst auf den Seiten 45 bis 64 der Verbandsfassung festzustellen, zu welchem Gau der in Betracht kommende Druckort gehört; die Adresse des zuständigen Gauvorstehers ist dann aus nachstehendem Verzeichnis der diesbezüglichen Anschriften zu ersehen. Auskunfts-einholungen nur bei Gau- oder Kreisleitungen der Sparten sind nicht maßgebend. Die Auskunft des zuständigen Gauvorstehers ist mit dem Verbands-quittungsbuch dem Vorstand des neuen Konditions-ortes abzugeben. Einwiger Mißbrauch der Auskunftserteilung zieht Ausschluß aus dem Verband nach sich.

Unser Verband im Jahre 1930

(Vortsetzung.)

Unter Berücksichtigung der durch das wöchentlich zweimalige Erscheinen des Verbandsorgans fast lückenlosen geistigen Verbindung zwischen Leser und Schriftleitung beschränkt sich der im Jahresbericht des Verbandsvorstandes enthaltene Bericht über den „Korrespondent“ wie seit Jahren auf eine allgemeine Zusammenfassung der in seinem 68. Jahrgang behandelten Zeit- und Streitfragen. Es besteht daher keine besondere Notwendigkeit, auf Einzelheiten in größerem Umfang einzugehen. Beachtenswert war ein stärker gewordener Meinungsaustausch aus Kollegentreifen von der Tribüne des Verbandsorgans aus. Größere Meinungsverchiebungen zwischen Leserkreis und Schriftleitung waren trotz der unheilvollen Entwicklung auf wirtschaftspolitischen Gebieten nicht zu verzeichnen. Der Ansicht einzelner Kollegentreife, daß sich der „Korr.“ in kritischen Zeiten durch eine schärfere und rücksichtslosere Schreibweise hätte auszeichnen sollen, standen im vergangenen Jahre nicht weniger Wünsche gegenüber, die auf das Gegenteil hinausliefen. Den „Korr.“ durch alle diese Klippen unter weitestgehender Berücksichtigung aller ideellen und materiellen Organisationskräfte pflichtgemäß hindurchzubugeln zu haben, glaubt die Schriftleitung als nur im Interesse der Gesamtkollegenchaft gelegen auch hier feststellen zu dürfen. Gegenüber immer wieder auftauchenden irrtümlichen Ansichten in Kollegentreifen über die Befreiung der Redaktion sei betont, daß die redaktionelle Bearbeitung des äußerst umfangreichen und vielseitigen Aufgabentrefes des Verbandsorgans auch im vergangenen Jahre wie schon seit mehreren Jahren nur durch die Kollegen Schaefer und Helmholz erfolgte, während Kollege Krahl seine Kraft ausschließlich der Vollenbung des vor seinem Abschluß stehenden zweiten Bandes der Verbands-geschichte widmete. Zu dem Einnahmen- und Ausgabenetat des Verbandsorgans, dessen Auflage 70 300 beträgt, sei hier noch vermerkt, daß einer Gesamteinnahme der Geschäftsstelle des „Korr.“ mit insgesamt 781 727 M. aus Abonnement, Inseraten und sonstigen Einnahmen eine Gesamtausgabe der Verbandskasse von 1 115 592 M. gegenüberstand. Diese Gesamtausgabe verteilte sich in prozentualer Zerlegung auf folgende Hauptposten: Rückvergütung (Berrechnung des Bezugsgeldes auf den Verbandsbeitrag) 75 Proz., Druckkosten 12,1 Proz., Papierkosten 7,3 Proz., Gehälter für Schriftleitung und Geschäftsstelle 2,4 Proz., Honorare 0,9 Proz., Literatur und Bestellgeld 0,3 Proz. und 2,0 Proz. für sonstige Ausgaben (Miete, Porto, Steuern, Versicherung, Klischees, Druckkosten, Buchbinderarbeiten usw.). Die sogenannte Rückvergütung für den „Korr.“ an die Gaue ist laut Bericht der Verbandskasse um 87 877 M. höher als die Summe der von der Post an die Geschäftsstelle des „Korr.“ überwiesenen Bezugsgelder. Diese Differenz ergibt sich aus dem vorherigen Abzug der posttarifischen Zustell- und Zeitungsgebühren, die sich weder bei einer erheblichen Verringerung des Umfangs noch durch nur einmaliges wöchentliches Erscheinen des „Korr.“ wesentlich ermäßigen würden, denn sowohl das posttarifische Zustellgeld wie die Zeitungsgebühr werden jetzt schon nach den untersten Staffeln der Postgebühren für Zeitungen berechnet und erhoben. Für die Verbandskasse selbst verblieb aus der gesamten Verrechnung der Einnahmen und Ausgaben für den „Korr.“ eine Ausgabe von 333 865 M. Da diesen Ausgabe-posten jedoch seit Einführung des Obligatoriums und nach Abzug der Verwaltungsrückvergütung an die Gaue ein Anteil von je 9 Pf. von jedem Verbandsbeitrag gegenübersteht, könnte bei insgesamt 3 841 288 gefesteten Verbandsbeiträgen oder 345 716 M. aus Beitragsanteil für den „Korr.“ im Jahre 1930 von einem tatsächlichen Zuschuß nur dann ernstlich die Rede sein,

wenn man die Beitragserhöhung zwecks Einführung des „Korr.“-Obligatoriums (Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in Nr. 101 des „Korr.“ vom 19. Dezember 1925) als aufgehoben beurteilt; was in Wirklichkeit nicht der Fall ist. Einen tatsächlichen Zuschuß zum „Korr.“ leisteten eigentlich nur jene Verbandskollegen, die von ihrem persönlichen Bezugsrecht auf das Verbandsorgan keinen Gebrauch machten. Auch dürfte es einer zeitgemäßen Korrektur falscher Ansichten dienen, wenn in diesem Zusammenhang wieder einmal daran erinnert wird, daß die Einführung des „Korr.“-Obligatoriums in erster Linie auf Intragstellung aus Kollegentreifen erfolgt ist, und daß weder im Verbandsvorstand noch innerhalb der Redaktion besondere Sympathie dafür vorhanden war. Daraus erklärt es sich auch, daß trotz obligatorischer Beitragsverpflichtung immer nur noch das fakultative Bezugsrecht maßgebend ist. Trotzdem dürfte es mehr als fraglich sein, ob es im Interesse des Verbandes und seiner Mitglieder liegen würde, wenn der als „Krisenwirkung“ vereinzelt erörterte Gedanke einer Beschränkung der Erscheinungsweise des „Korr.“ durchgeführt werden sollte. Denn, wie schon erwähnt, würden die jetzigen Postgebühren auch bei nur einmaligem Erscheinen wöchentlich nicht wesentlich geringer werden, um eine umfangreiche Kürzung des Inhalts könnte gerade in den jetzigen kritischen Zeiten diesen Feinden der Arbeiterschaft ihr dunkles Handwerk nur erleichtern. Und schließlich wäre auch, gewerdepolitisch gesehen, eine erhebliche Verringerung aufklärender und informatorischer Literatur, sei es durch das Verbandsorgan oder andre Druckschriften, als ein sehr zweifelhafte und wenig nachahmenswertes Beispiel gerade für das Buchdruckgewerbe zu beurteilen. Es liegt unfürsorglichen im eigenen beruflichen Interesse unserer Kollegenchaft, wenn wir solche Sparmaßnahmsgedanken in Richtung des eignen Gewerbes nicht als der Weisheit letzten Schluß beurteilen. Wobei wir aber nicht verfehlen möchten, daß, wenn es nur nach persönlichen Ansichten ginge, die Schriftleitung selbst es gar nicht so ungenau sehen würde, wenn sie angeführten der immer schwieriger gewordenen Zeit- und Streitfragen etwas mehr Zeit und Gelegenheit zu eingehender Zergliederung und Durcharbeitung der ihr gestellten Aufgaben hätte. Denn so, wie die Dinge gegenwärtig für die Redaktion liegen, muß leider gesagt werden, daß der ebensowohl aus finanziellen wie aus tatsächlichen Gründen gegebene Zwang zur Einschränkung des Verbandsorgans keineswegs eine Erleichterung der Redaktionsarbeit bedeutet.

Der Bericht über die Entwicklung der Lehrlingsabteilung des Verbandes erhellt durch das zehnjährige Bestehen dieses jüngsten Teiles unserer Organisation einen besonderen Charakter. In allen Gaue wurden zehnjährigern in einheitlichem Rahmen und von erheblicher Wirkung für alle Teilnehmer abgehalten. Trotz eines Rückganges der Mitgliederzahl um 961 von 16 594 auf 15 633 hat sich das Organisationsverhältnis etwas gebessert, in manchen Gaue bis zu 98 Proz. oder Lehrlinge. Der Rückgang ist auf durch die Lehrlingsfluktua verminderte Lehrlingszahl zurückzuführen. Die ganze Lehrlingsabteilung erstreckte sich Anfang 1930 auf 1444 und Ende des Jahres auf 1419 Orte bei insgesamt 529 Lehrlingsleitern. Der Aufgabenkreis umfaßte 2037 technische Vorträge, allgemeindidende Vorträge 980, Vorträge über Berufsausbildungswesen 603, 243 Vorträge über Jugendrecht, 514 gewerkschaftliche Vorträge, Lehrgänge aller Art 864, Fernunterricht 24, 225 Wettbewerbe aller Art, 348 Besuche von Museen, 304 Eltern- und Unterhaltungsabende, 615 Spiel- und Sportveranstaltungen, 727 Ausflüge und Wanderrungen, 715 sonstige Veranstaltungen. Von 8199 Veranstaltungen aller Art im ganzen Verbandsgebiet waren 1120 mit Aufstellungen, 212 mit Lichtbild und 83 mit Film. Die Teilnehmerzahl an allen Ver-

- Bayern: Gauvorsteher August Döhlma, München 2, 80 3, Hofstraße 24, I.
- Berlin: Gauvorsteher Robert Braun, Berlin SO 10, Engelstraße 24, I.
- Danla: Gauvorsteher Karl Lüfer, Danla, Karfensfeld 26.
- Dresden: Gauvorsteher Max Sahlmann, Dresden, Wilsdrufferstraße 7, I.
- Erzgebirge-Bautzen: Gauvorsteher Erich Dertelt, Chemnitz, Beklastraße 7, I.
- Frankfurt-Ober: Gauvorsteher Wilhelm Neveck, Frankfurt a. M., Altherbertstraße 61, III.
- Hamburg-Altona: Gauvorsteher Fr. Runkler, Hamburg, Velenbinderhof 57, II, Zimmer 3.
- Hannover: Gauvorsteher Gustav Flüggen, Hannover, Hofstraße 7, II.
- Leipzig: Gauvorsteher Leopold Hellebarth, Leipzig, Bülowstraße 9, II.
- Mecklenburg-Vorpommern: Gauvorsteher E. Daback, Schwerin, Rostocker Straße 10.
- Mittelrhein: Gauvorsteher Friedrich Conrad, Mannheim P 4 415 „Volksgaue“.
- Nordwest: Gauvorsteher Franz Sicker, Bremen, Am Wall 82.
- Oberhein: Gauvorsteher Carl Sandfort, Freiburg i. Br., Schwanenlocherstraße 2, II.
- Oder: Gauvorsteher Gustav Reine, Stettin, Lindenstraße 20.
- Sachsen: Gauvorsteher S. Meißner Köntzberg i. Br., Vorder-Neuharden 61/62, III.
- Rheinland-Pfalz: Gauvorsteher G. Böckner, Köln am Rhein, Veronasthof 28.
- Süd: Gauvorsteher Hugo Bunta, Halle a. d. S., Kleine Klausstraße 7, I.
- Saargebiet: Gauvorsteher Josef Stürz, Saarbrücken, Weinstraße 68.
- Schlesien: Gauvorsteher Karl Friedler, Breslau, Markgrabenstraße 17, II.
- Schleswig-Holstein: Gauvorsteher Martin Präter, Kiel, Gatenstraße 11.
- Südwest: Gauvorsteher Karl Wislawa, Weimar, Döllnstraße 36, dort.
- Württemberg: Gauvorsteher Gottlob Klein, Stuttgart, Dönnelstraße 64, part.

anstellungen betrug insgesamt 128 958. Die durch den Frankfurter Verbandstag beschlossene Einführung von Staffelleistungen ging reibungslos vor sich. Im ersten Lehrjahre standen 4148, im zweiten 5311, im dritten 4137 und im vierten 5224 Lehrlinge. Den Handsetzerberuf erlernten 10957, den Druckerberuf 5224 und den Stereotypenberuf 421 Lehrlinge. Das vom Verbandsvorstand besonders sorgfältig gepflegte Rundsendungswesen wird allseitig reger benützt. Auch ein lebhafter und lehrreicher Druckausustausch ist in Schwung gekommen. Die Auflage des „Jungbuchdruckers“, dem bekanntlich von Prinzipalsseite gar zu gern eine tarifrechtliche Vorzensur aufgehaßt werden möchte, hat eine Auflage von 15 200 für den gewerkschaftlichen Teil und 16 100 für die fachliche Ausgabe; von letzterer gehen auch 500 nach der Tschechoslowakei und 900 nach Österreich. Seit 1. Januar 1931 wird der „Jungbuchdrucker“ vom Verband mit unbefristetem Eigentumsrecht herausgegeben.

Die Lehrplangordnung war Ende des Jahres in 56 von 67 Handwerkskammern im ganzen Reich eingeführt. Es war ein außerordentlich hartes Stück Arbeit, das hier geleistet werden mußte. Und immer noch erfordert der Aufgabekreis der Sachausschüsse die größte Wachsamkeit gegenüber rückwärtsgerichteten Hemmnissen oder Abwärtstendenzen in den Ausbildungs- und Kostgeldverhältnissen der Lehrlinge. Immer wieder mußte die durch das Reichsgerichtsamt längst entschiedene Nichtzulässigkeit von Kostgeldabzug wegen Berufsschulbesuchs von verschiedenen Arbeitsgerichten neu erkämpft werden. Aber diese und noch manche andre wichtige Lehrplangangelegenheiten sind des Jahresberichts guten Aufschluß und sollte daher auf keinen Fall nur durchgeblättert werden.

(Schluß folgt.)

50 Jahre Ortsverein Köln

In einer Zeit der stärksten politischen und wirtschaftlichen Spannungen, in der es nur eines kleinen Anstoßes bedarf, um die politischen Leidenschaften, die bis zur Sieberzeit aufgepeitscht sind, zum Chaos treiben zu lassen, in einer Zeit, in der die Unternehmerschaft sich ausdehnt, der Arbeitererschaft alles zu nehmen, was sie sich in jahrzehntelangen Kämpfen erungen hat, in einer Zeit, in der Tausende und aber Tausende von Volksgenossen durch die Unfähigkeit und Brutalität einer hochkapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht immer wissen, womit sie ihren Hunger stillen und wo sie ihr Haupt hinlegen sollen, in einer Zeit der schärfsten sozialen Gegensätze fällt die 50. Wiederkehr des Geburtsjahres unseres Ortsvereins. Die ersten Bestrebungen der Kölner Buchdruckergehilfen, durch Zusammenschluß sich ihre materielle Lage zu verbessern, liegen eine Reihe von Jahren vor dem eigentlichen Gründungsjahr. Diese Zusammenschlüsse waren jedoch nicht von langer Dauer. Durch Schikanen und Drohungen der Unternehmer verfiel das kleine Häuflein Unentwegter dem Gleichmut und gab in ihrer Mehrzahl resigniert das begonnene Werk auf. Nur einige wenige, von dem Erfolg des Zusammenschlusses überzeugter Kollegen ließen die Hoffnung auf das Gelingen ihres Vorhabens nicht sinken und suchten immer wieder des Bestimmungstreue um sich zu scharen. Zu einem festen Zusammenschluß und der Grundsteinlegung des Jubelvereins kam es dann im Februar 1881. Manah schwere Wirtschaftskämpfe übten schon damals ihren ungünstigen Einfluß auf die junge und verhältnismäßig kleine Organisation aus; aber immer wieder erstarkte sie. Ausdauer führte zum Ziel. Etwa 49 Klassenbewußte Streiter, unter ihnen einige, die schon in den vorhergehenden Gebilden aktiv tätig waren, standen Räte und schufen ein festes gewerkschaftliches Fundament. Beharrlichkeit und persönlicher Opfermut zur Erzeugung menschenwürdiger Lebensbedingungen, gepaart mit dem Glauben an ihre gerechte Sache, der sie trotz aller Rückschläge nicht verließ, waren die hervorsteckendsten Merkmale dieser Kämpfer für die Gewerkschaftsbewegung im Ortsverein Köln. Hier dieser Pioniere für Freiheit und Gleichberechtigung leben noch in unsern Reihen.

Mit Stolz und Genugtuung dürfen sie heute auf ihr Werk zurückblicken und sich sagen, daß sie für ihre Zeit gekämpft und gelebt haben. Der jungen Kollegengeneration im besondern sollte der Jubeltag Mahnung sein, zu erwerben, was wir von unsern Vätern geerbt haben. Gerade die rückläufige Bewegung, die wir durchleben und die Arbeitererschaft in ihrer Gesamtheit in die Verteilung gedrängt hat, und der verstärkte Angriff der Unternehmer auf die Ertragsfunktionen der Arbeitererschaft erfordert von allen Verbandstollegen Bestimmung auf das geschaffene Werk. Viele nehmen heute alles als eine Selbstverständlichkeit hin und machen sich keine Gedanken über das Wie und Woher, den Kämpfen, Ausparierungen, Verfolgungen, Entbehrungen usw., die im Interesse der jungen Organisation gebracht worden sind. — Nützig gibt es weiter im Aufbau und innerer Festigung des Ortsvereins, immer mehr erkennend, daß nur durch Zusammenschluß die persönlichen und wirtschaftlichen Belange der Kollegen gewahrt werden konnten. Die stetige Entwicklung ist ersichtlich aus der Anzahl unserer Jubilare. 388 Jubilare mit ununterbrochener 25- bis 50jähriger Verbandsmitgliedschaft zählen wir in unsern Reihen. Ein Gradmesser für den Wert der Organisation. — Die Geschichte des Ortsvereins zeigt, daß Köln für den Westen ein guter Hort gewerkschaftlicher Arbeit gewesen ist. Von hier aus spannen sich manche gewerkschaft-

liche Fäden. Insbesondere die Kriegs- und Nachkriegszeit legen Zeugnis ab von den gewerkschaftlichen Stürmen, die hier abgemehrt werden mußten und ihre Schatten bis weit über Kölns Grenzen warfen. Die Besatzungs- und Inflationszeit und die immer wieder nachweisenden Wirtschaftskrisen stellten den Ortsverein manchmal vor schier unübersehbare Schwierigkeiten. Aber Wirrnisse ist man Herr geworden. Zielstrebend wurde das Schiff durch die manchmal hochgehenden Wogen des Meinungsstreites hindurchgesteuert. Immer aufwärts ist es mit dem Organisationsgedanken gegangen, so daß am Jubeltage ihm 1500 Mitglieder angehören. Die Saat der hier aufgegebenen und hat gute Früchte getragen. Das schwache Gliedchen hat sich zu einem mächtigen, aufstrebenden Glied in der Gesamtorganisation entwickelt. Vieles bleibt noch zu schaffen, um unsern Verband zur Volltreife zu bringen. Die Lebenden und die kommenden Träger des Organisationsgedankens haben zu zeigen, was sie aus der Geschichte gelernt haben. Dies gilt besonders für die augenblickliche Notzeit: das Erbe der Alten durch gewerkschaftliche Aktivität zu wahren, auszubauen und zu verteidigen. Das, was hier in mühevoller Arbeit geschaffen wurde, ist der beste Beweis dafür, daß einzig und allein die Voraussetzung für erfolgreiches und ruhbringendes Arbeit sein kann: Einigkeit. Leben ist Kampf, Stillstand ist Niedgang. Versuchen auch wir, den Alten nachzueifern, um den Erfordernissen unsres Zeitalters gerecht zu werden.

Kollege Baggeler, ein langjähriges Vorstandsmitglied, hat die ausführliche Geschichte des Kölner Ortsvereins mit Geduld und viel Sorgfalt niedergelegt in einer auch dachtechnisch hervorragenden, über 200 Seiten starken Festschrift. Dieses Prachtwerk dürfte nicht allein wegen seiner Fundgrube als Nachschlagewerk über die Grenzen Kölns Anklang finden, sondern auch mancher Kollege, der einmal die rheinische Metropole mit einem „Gastspiel“ beehrt hat, wird heute vielleicht Vergessenes darin wiederfinden. Interessenten können das Festschrift für 3 M. direkt durch den Ortsverein Köln beziehen.

Das Barometer unsrer Zeit, die große Arbeitslosigkeit, ist sicherlich nicht dazu angetan, rauschende Feste zu feiern. Die Not der Gegenwart erfordert von uns allen eine gewisse Zurückhaltung. Es wäre aber falsch, diesen historischen Tag nicht auch mit einem entsprechenden festlichen Rahmen zu umkleiden. 50 Jahre sind, wenn auch im Zeitalter des Weltgeschehens eine Winzigkeit, so doch für den Ortsverein Köln ein Ereignis. Dem Ruf des Vorstandes an die Kollegen, durch aktive Beteiligung der Morgen- und Abendveranstaltung äußeres Gepräge zu geben, folgte man am 21. Juni in großer Zahl.

Die Morgenfeier gestaltete sich zu einer besonders erhebenden. Eine festlich gestimmte Versammlung füllte den großen Saal der Birgergesellschaft bis zum letzten Platz. In ihrer Mitte weilten neben dem Vertreter des Hauptvorstandes, dem zweiten Verbandsvorsitzenden Barth, dem Vertreter des Gaus, dem ersten Gauvorsitzer Köhner, die Delegierten der Bezirke unsres Gaus, die Vertreter der Behörden und viele Ehrengäste. Zahlreiche Telegramme und Glückwunschkarten waren eingegangen. Aus dem Grün der Pflanzen leuchtete die Blüte unsres Altmeisters Gutenberg, die Fahnen des Ortsvereins und des Gesangvereins „Gutenberg“ grühten vor der Bühne. Das Kölner Kongertorchester leitete die Feier ein mit dem Musikstück „Slawischer Marsch“ von Tschakowski. Es folgten, in bekannt einwandfreier Weise vom Gesangverein „Gutenberg“ zum Vortrag gebracht, zwei Chöre. Hierauf trat der Vorsitzende des Ortsvereins, Kollege Janßen, ans Rednerpult und überbrachte des Willkommengruß des Vorstandes, begrüßte alle, die gekommen waren, um mit uns die Feierstunden zu erleben, dankte den noch unter uns lebenden Gründern und den ältesten Jubilaren und gedachte der Toten, die das Bestehende mit geschaffen haben und von uns nicht vergessen sind. Den Reigen der Glückwunschkarten eröffnete Regierungspräsident Bier als Vertreter der Regierung; Stadtdirektor Kollege Albrecht sprach für die Stadt Köln; Gewerkschaftssekretär K r e i s h o h m für den RWG, Ortsausführer Köln, Direktor M a l z e r n für die Berufsschulen der Stadt Köln, Oberlehrer E r b a r für die Lehrerschaft der graphischen Abteilung der Berufsschulen der Stadt Köln, der Gauleiter der Lithographen und Steindruckere, Kollege K e i s, für die graphischen Verbände, Gauvorsitzer Kollege B ä g e l e r für den Gauvorstand, Bezirksvorsitzender, Kollege K l e u (Koblenz), für die Bezirksvereine unsres Gaus, Kollege W e r n e r vom Bildungsverband für die Spartanen und Kollege T r i e r w e i l e r für den Gesangverein „Gutenberg“. Neben einigen Glückwunschkarten wurden auch sinnige Geschenke überreicht. Verbandsvorsitzender, Kollege B a r t h, der an Stelle des durch äußerst dringende Verhandlungen verhinderten Kollegen Krauß gekommen war, hielt den Festvortrag. Er entlockte sich seiner Aufgabe in ansprechender Weise, und es kann gestrotzt gelagt werden, daß seine erste Anwesenheit in der Kölner Mitglieberschaft guten Anklang gefunden hat. Nach der Überbringung der Glückwünsche des Verbandsvorstandes, insbesondere von Kollegen Krauß, machte er einen Rundgang durch die 50 Jahre Organisation bzw. den Ortsverein Köln. Eine Ansammlung von Arbeit, Opfermut und Opferwilligkeit, ein Auf und Ab, ein Kämpfen und Ringen, der Zusammenbruch des dynastischen Systems, Krieg und Inflation, in der das Verbandsvermögen von 10 Mill. M. auf 200 Goldmark zusammenschmolz wie der Schnee in der Sonne, der Aufstieg und die Befestigung eines Systems, das sich die Allmäherschaft zum Ziele gesetzt hat, liegen in diesen 50 Jahren. Die soziale Verbundenheit aller Art

habe Leistungen auf dem Gebiet des Unterflüchtungswezens zuwege gebracht, wie sie keine andre Organisation aufzuweisen habe. Die Opfer, die die Kollegen zur Unterstützung ihrer arbeitslosen Berufsangehörigen bringen, ständen einzig da. Das Bedürfnis des Zusammenschlusses, das Bedürfnis zur gegenseitigen Unterstützung der Kollegen sei von keiner Organisation auch nur annähernd erreicht. Schon im Jahre 1788 ließen sich die ersten Anfänge nachweisen, wo in Buchdruckereien Unterflüchtungsvereine gegründet wurden. 1847 habe der Kölner Robert Blum die Buchdrucker als die Arbeiter im Weinberge des Geistes bezeichnet. Kollege Barth kennzeichnete dann die Buchdrucker als Vorkämpfer zielbewußten Fortschritts im wirtschaftlichen und sozialen Leben. Stets hätten die Buchdrucker gekämpft gegen die lange Arbeitszeit, gegen Lohnmangel, gegen Polizeisanktionen, für Vertreter der Arbeitererschaft den Unternehmern gegenüber, schon damals hätten sie Erfolge erreicht. Er wies auf die Gründung des Verbandes 1886 durch Richard Härtel hin, der sich trotz aller möglichen Schikanen zum unüberwindlichen Bollwerk entwickelt habe. Inermehliches hätten die Gewerkschaften für die Hebung der Arbeitererschaft getan, auf wirtschaftlichem Gebiet sei sehr viel erreicht worden. Die beste und fruchtbarste Arbeit habe unser Verband geleistet. Kurz streifte er die Kämpfe der früheren Jahre und die stetige Verfestigung der Interessen der Kollegen durch den Vorstand. Zur Zeitzeit übergehend, berührte er die ungeheuren Opfer, die die Arbeitererschaft als Folge der Weltwirtschaftskrise, als Folge des Blutabes von 1914 zu tragen habe. Alle diejenigen, die in dem Optimismus gelebt hätten, daß wir durch das Tal von Entbehrungen, Opfern und Kämpfen hindurch seien, sähen heute ein, daß dieser Optimismus nicht angebracht war. Es seien Kräfte am Werk, die ihre Aufgabe darin sähen, die Arbeitererschaft wieder auf die Knie zu zwingen; nationalistische Kräfte, um die schwierige Lage, worin wir uns befinden, noch mehr zu verwirren. Bei der Charakterisierung unsrer Unternehmern erwähnte er als Folge des Königsberger Streits die Klage der Unternehmern auf Schadenersatz und die Erziehung des Verbots jeder Verbandshilfe für Abwehr des Abbaues libertarischer Entlohnung. Dieses und die rigorose Ausnutzung der Notzeit durch die Unternehmern erforderten ein mandrierfähiges Verbandsmitglied nun erst recht. Die neuen finanziellen Opfer mögten in dieser Notzeit von den arbeitenden und arbeitslosen Kollegen in alter kollegialer Verbundenheit im gemeinsamen Interesse aller getragen werden. Die Verhältnisse und die Zustände der Gegenwart seien schwer, jedoch dürften wir uns nicht unterjochen lassen. Die Einheit des Verbandes muß gewahrt bleiben. Gestützt auf ihn, würden wir auch diese schwere Zeit überleben. Der Kampf geht um die Befreiung der Herrschaft, die nur für ihre Klasse lebt. Wir wollen die Befreiung dieser Klassenherrschaft. Dann erst, wenn dieses Ziel erreicht ist, dann wird der Ausgleich für die Arbeitererschaft beginnen, dann wird der Tag kommen, wo die Arbeit die Quelle der Kultur ist. Der Schlußappell des Redners war eine Auforderung an die Kollegen, durch kameradschaftliches Zusammenstehen gemeinsam für die edle und gerechte Sache der Arbeitererschaft zu kämpfen, der ausklang in dem Biergeiler:

Unter der Sonne, unter der Erde,
Unter der Welt in das blühende Land,
Daß eine allseitige Menschheit werde,
Reiche der Bruder dem Bruder die Hand.

Reicher und herrlicher Beifall dankte dem Redner. Die „Gutenberg-Hymne“ von Jölnner mit Orchesterbegleitung brachte der Gesangverein „Gutenberg“ unter Leitung seines bewährten Dirigenten, Musikdirektor Heinrich Nicolini, in direkt meisterhafter Weise zu Gehör. Ein Musikstück beschloß die Weisestunde, die allen Teilnehmern eine unvergeßliche Erinnerung bleiben wird.

Ein paar gefellige Stunden verlebten die Kollegen mit ihren Familien abends. Der große Saal der „Birgergesellschaft“ war dicht besetzt. Ein abwechslungsreiches, künstlerisch hochstehendes Programm sorgte für reiche Unterhaltung. Jeder kam auf seine Kosten. Der große Beifall bewies, daß die Erwartungen erfüllt waren. Das Hohe, das der Vorstehende bei seiner Begrüßung auf den Verband ausbrachte, fand begeisterten Widerhall. Besondere Erwähnung verdient unser Gesangverein „Gutenberg“. Morgens wie abends hat er durch seine gefanglich hochstehenden Niederreden sehr viel zur Unterhaltung beigetragen. Einmütig war der Eindruck über das beachtliche Können des Vereins. Der Verlauf und der Abschluß des Festes haben gezeigt, daß Kollegialität und Geselligkeit noch immer bei den Buchdruckern zu Hause sind, und dürfte auch diese harmonisch verlaufene Veranstaltung bei allen Zufriedenheit ausgelöst haben. P. t. E.

Wahrheitsliebe der Kommunisten

Die Geschäftsleitung und der Betriebsrat der Fortschritt-Druckerei in Esfurt haben dem „Korr.“ eine Beirichtigung zugehen lassen; dieselbe ist von der Redaktion in Nr. 51 gebührend gloriost worden. Da nun dem Unterzeichneten ein einschlägiger Brief mit ähnlicher Beirichtigung zugefellt worden ist und mit dem Rabi droht wird, wenn nicht

1. die Behauptungen durch eine Erklärung im „Korr.“ zurückgenommen werden,
2. die Behauptungen durch ein Schreiben an den Esfurter Ortsvorsitzenden des Verbandes zwecks Verlesung in der nächsten Versammlung widerrufen werden,
3. die Verbreitung der unwahren Gerüchte in Zukunft unterlassen wird,

so soll den Erfurter SPD-Strategen das vernebelte Gedächtnis etwas aufgefrischt und ihnen gleichzeitig in aller Öffentlichkeit Antwort erteilt werden. Also:

Am 12. Dezember 1930 ist auf Verlangen des Geschäftsführers Eising und des Faktors Sodarth von der Belegschaft der Fortschritt-Druckerei der Beschluß gefaßt worden, „durch Leistung unbezahlter Überarbeit die wirtschaftliche Existenz der revolutionären Presse zu sichern“. Dieser Beschluß ist meines Wissens bis heute nicht aufgehoben. Unbezahlte Überarbeit wurde dann auch sofort bis Neujahr geleistet. Wir erfuhren von diesen Dingen, als es mit einem Maschinensetzerkollegen wegen dessen Weigerung, unbezahlte Überarbeit zu leisten, zu Differenzen kam und dieser am 2. Januar 1931 wegen „Arbeitsmangels“ gekündigt wurde. Am 20. Januar fand auf Veranlassung des Unterzeichneten eine Betriebsversammlung statt, weil eine Aussprache zwischen unferm Erfurter Ortsvorstand und der Geschäftsleitung der Fortschritt-Druckerei ergebnislos verlaufen war. Erschienen waren zu der Betriebsversammlung nur sechs Kollegen und der Betriebsratsvorsitzende Eppstein. Erstere erklärten, daß sie der Weisung der Gewerkschaft folgen und keine unbezahlte Überarbeit mehr leisten werden. Letzterer gab die Erläuterung ab, zugleich im Namen der 16 Nichterschienenen, „daß sie auch weiterhin unbezahlte Überarbeit leisten werden, ganz gleich, welche Konsequenzen für sie daraus entstehen“, und betonte noch, daß diese Überarbeit als Parteiarbeit zu betrachten sei genau so wie andere Genossen andere Parteiarbeit unentgeltlich zu leisten hätten. Daß in der Folgezeit von einzelnen „Linientreuen“ Betriebsangehörigen die unbezahlte Mehrarbeit verlangt und geleistet worden ist, hat z. B. in der Erregung der Maschinensetzer Eppner verraten. Dieser äußerte auf einen Anführer des damaligen Faktors und jetzigen Geschäftsführers Sodarth wegen Zuspätkommens an Arbeitsplatz: „Das nächste Mal habe ich ihm eine in die Presse. Das lasse ich mir nicht bieten. Jeden Tag bin ich von früh 6 bis nachmittags 5 Uhr an der Maschine. Nächstens bringe ich mir noch das Bett mit.“ Die Mehrarbeit wird aber auch in aller Öffentlichkeit im Organ der Fortschritt-Druckerei, dem „Thüringer Volksblatt“, zugegeben, denn in Nr. 115 vom 20. Mai 1931 ist folgendes zu lesen:

„U n b e z a h l t e A r b e i t i n R P D - B e t r i e b e n“
SPD-Fröhlich hat unlängst im Thüringer Landtag wieder gegenüber der RPD bzw. deren Vertreter im Landtag die „überfundenarbeit in kommunalistischen Betrieben“ aufgewärmt. Wir haben vor geraumer Zeit darüber berichtet, daß die Seher länger Arbeit leisten, womit sie der Partei ermöglichen wollen, angesichts insbesondere der Verfolgungen der Presse durch die Polizei und Zucht, Propagandamaterialien herauszubringen, das die Partei sonst nicht verkraften könnte. Keinem einzigen Arbeitslosen wird dadurch die Arbeit weggenommen, da die Flugblätter, Werbeseiten usw., die in dieser Zeit hergestellt werden, ja sonst nicht gedruckt würden.

Angesichts dieser Tatsachen ist es eine ziemliche Portion Frechheit, dem „Korr.“ und dem Unterzeichneten eine Verächtlichkeit zuzuflecken. Wir stellen zwar sehr gern richtig, daß „legal“ keine Überstunden und Sonntagsarbeit geleistet wurde sowie die Arbeitszeit nicht 54 Stunden beträgt, behaupten aber nach wie vor, daß „illegal“ unbezahlte Mehrarbeit geleistet worden ist. Daß diese Behauptung den Erfurter RPD-Kongress und ihren willigen Schächern höchst unbehagen ist, föhrt uns nicht. Auch eine Klageandrohung kann uns nicht abhalten, solche Schulters immer und immer wieder in der Öffentlichkeit anzuprangern. Das soll hiermit auch geschehen mit dem neusten Vorgang in der Fortschritt-Druckerei. Nach dem Erscheinen der Börsener Resolution hat man nämlich in einer Belegschaftsversammlung unsere im Betrieb noch



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Heinrich Koepfer in München
Eingetreten: 4. Juli 1881 - Jetzt Invalide



stehenden Verbandsmitglieder mit Ausdrücken wie Lumpen, Schütte, Renegatengesindel belegt und ihnen ganz offen eine Abreibung sowie die Kündigung angedroht, wenn sie nicht bestimmte Erklärungen abgeben. Daß unsern Mitgliedern schon seit Abschluß der feinerzeitigen Ausschlußaffäre das Arbeitsverhältnis zur Hölle gemacht wird, braucht nicht weiter betont zu werden bei Menschen, die nur den Götzen RPD und KGD anbeten.

Die Verächtigung und Klageandrohung der Geschäftsleitung hat aber noch einen tieferen Grund. Ein im Mai entlassener Maschinensetzerkollege hat nämlich den Betriebsrat auf Schadenersatz verklagt, weil er ganz offensichtlich seinen Einpruch nach § 84 W.G. unter falschen Gründen abgelehnt hat. Unterzeichneter ist Prozessvertreter. Der zweite Termin findet am 10. Juli statt. Man fürchtet anscheinend diesen Prozeß, weil hier die Frage der Mehrarbeit und andre Dinge ausprobt werden durch eibliche Vernehmung einer Reihe von Zeugen, und so möchte man gern den Prozessvertreter vorher festlegen. Gemacht, Ihr Herren von der RPD, in Erfurt. Zunächst sprechen wir uns vor dem Arbeitsgericht in Erfurt, und dann könnst Ihr unfernwegen vor dem Euch sonst so verhassten bürgerlichen Gericht klagen.

Weimar. Karl Wislaug.

Schutz den im Tiefdruck Beschäftigten!

Zu der gegenwärtigen Zeit, in der das Arbeitslosenproblem und damit eng verknüpft die Forderung der Arbeitszeitverkürzung die brennendsten Tagesfragen sind; an deren Lösung nicht nur Arbeitslose, sondern alle Schichten der Bevölkerung mit dem Staat an der Spitze stark interessiert sind, verdienen selbst kleinste Möglichkeiten, die Arbeitslosigkeit zu verringern, Beachtung. Bestand und besteht teilweise noch eine starke Abneigung gegen die Forderungen einzelner Berufe und Berufsweige nach Arbeitszeitverkürzung, so müßten diese Bedenken in der Zeitzeit, wenn solche Forderungen nicht vom Egoismus,

sondern von Notwendigkeiten diktiert werden, verschwinden.

Der Tiefdruck, der in wenigen Jahren eine starke Bedeutung erlangt hat, dessen technische Entwicklung noch lange nicht abgeschlossen ist, und der sich trotzdem ständig mehr und mehr ausbreitet, trotz schärfster Konkurrenz aller anderen Druckverfahren, ist fast mit jeder neuen Notationsmaschine eine Anzahl Arbeitskräfte aus dem Produktionsprozeß aus. Das wird verständlich, wenn man die Arbeiten und Arbeitsleistungen einer Tiefdrucknotationsmaschine betrachtet. Zeitchriften, Kataloge, Modejournale, Prospekte u. a. m., die zum größten Teil früher im Buchdruck hergestellt wurden, sind jetzt Arbeiten des Tiefdrucks. Ein 32seitiger Durchschnittskatalog im Quartformat würde im Buchdruck bei einer Auflage von 50 000, zwei Formen von je 16 Seiten gerechnet, zumindest 150 Stunden an Einrichte- und Druckzeit erfordern. Dabei eventuelles Ein- und Ausschließen, Zählen und Falzen gar nicht gerechnet ist. Im Tiefdruck erfordert dieselbe Arbeit gezählt und gefalzt, eventuell gehestet, etwa 25 Stunden. Dieses Beispiel könnte man beliebig erweitern und käme bei großen Maschinen mit vier und mehr Druckwerken zu noch größeren Zeituntersehieden.

Mit dem bisher Gesagten soll nun nicht etwa die Forderung der Arbeitszeitverkürzung begründet sein. Es soll nur zeigen, wie leicht im Tiefdruck infolge der Mehrproduktion eine Arbeitszeitverkürzung technisch und vielleicht auch kalkulatorisch nicht zum Schaden des Gewerbes durchzuführen wäre.

Der Grund, eine längere Arbeitszeit zu fordern, ist die Gesundheitsgefährdung im Tiefdruck. In steigendem Maße mehrten sich Klagen und Erkrankungsfälle, vielfach durch die wirtschaftliche Lage, durch das Gespenst der Arbeitslosigkeit unterdrückt, Erkrankungsfälle und Unterlassungsergebnisse veranlaßten den Verbandsvorstand schon vor über einem Jahre zu einer Eingabe an den Reichsarbeitsminister, der auf Grund des bis dahin vorliegenden Materials Schutzbestimmungen und hygienische Maßnahmen für das im Tiefdruck beschäftigte Personal als dringend erforderlich empfahl. Obwohl nun teilweise Entlassungsanlagen eingebaut, beziehungsweise verbessert wurden, sind Krankheitserscheinungen und Klagen nicht weniger geworden. In Berlin, Hamburg, Bremen, Köln und Frankfurt a. M., Städten mit größeren Tiefdruckbetrieben, sind die Klagen über Gesundheitsgefährdungen die gleichen, teilweise auch die Unterlassungsergebnisse. Kürzlich in Berlin durchgeführte Blutuntersuchungen an 414 im Tiefdruck Beschäftigten, andere, unabhängig von der ersten Untersuchung an 23 zum Teil denselben Personen, zeigen, daß die Klagen nicht unbegründet sind. Sie erörtern erneut den Beweis, daß die Dämpfe der im Tiefdruck verwendeten Farbstoffmischungen Xylol und Toluol blutgefährdend wirken. Krankes Blut aber macht verständlich, daß der ganze Organismus des Menschen in Mitleidenschaft gezogen wird. Ein Drittel aller Untersuchten klagte neben anderem über nervöse Störungen. Die anderen Beschwerden waren Magen- und Darmstörungen, Fatungen, Müdigkeit, Kopfschmerzen, Schwindelgefühl, Appetitlosigkeit, Augenbrennen, Nasen- und Halsbeschwerden; dazu kommen durch äußerliche Einwirkungen der Lösungsmittel Hautergeme. Durch diese Untersuchungen konnte festgestellt werden:

1. daß Schädigungen des Blutes an Notationsmaschinen häufiger sind als an Bogennmaschinen im Kleinbetrieb,
2. daß der Gesundheitszustand in Betrieben, die in zwei Schichten arbeiten, schlechter ist,
3. daß die Schädigungen in einem Betrieb, der ständig in drei Schichten läuft, am schwersten sind, obwohl die Entlassungsanlagen dieser Firma nicht schlecht zu nennen sind.

Das Buchjahr 1930

Der deutsche Buchhandel tat gut daran, allmonatlich Statistiken über die Verlagserscheinungen aufstellen zu lassen, um sie dann jedes Jahr zu einer erläuterten Gesamtbarstellung und -auswertung zu bringen. Ludwig Schönrod ist der Statistiker, der sich mit großem Geschick der zweifelslos sehr schwierigen Aufgabe unterzieht, an Hand der buchhändlerischen Bibliographien die entsprechenden Feststellungen zu machen und sie im „Börnenblatt des deutschen Buchhandels“ zur Veröffentlichung zu bringen. Es ist natürlich auch für den Buchdrucker, ja, überhaupt für den Buchgewerker im weitesten Sinne sehr wertvoll, gleichfalls ein einigermaßen ausreichendes Bild von der Verlagsproduktion zu erhalten, da ihre Herstellung doch einen nicht unwesentlichen Teil seiner beruflichen Tätigkeit in Anspruch nimmt. Das Wesentliche für unsern Zweck sei deshalb hier wiedergegeben.

Der deutsche Buchhandel hat jetzt gewisse feine glänzenden Konjunkturzeiten. Wer aber der Meinung ist, daß dies etwa in der Bucherzeugung ohne weiteres zum Ausdruck gelangt, der befindet sich in einem großen Irrtum. Schönrod meint wohl, daß die Auflagenhöhe wesentlich zurückgegangen sei, doch schließen bisher alle Versuche sehr genauere Angaben über die Auftragslisten zu erhalten. Auch der Umfang vieler Bücher soll erheblich vermindert worden sein, was aber vor allem wohl auf die Mätsch von diesen Bälzern durch das Klepublikum zurückzuführen sein dürfte. Die buchhändlerische Verlagsproduktion des Jahres 1930 weist immerhin den selbsttätigen Umfang von 4 378 940 Seiten oder pro Verlagswerkeschnittung durchschnittlich von 162,1 Seiten auf. Zum Buchmarkt wird gesagt, daß die Hochkonjunktur in Kriegsbüchern auch im Jahre 1930 unvermindert anhält. Die Nachfrage nach Kulturromanen, Lebensbeschreibungen,

geographischen und Reisereraten nahm zu. Zu Geschenkzwecken steht das praktische Buch immer besser durch. Erschienen sind im Deutschen Reich 23 180, in Österreich 1722, in der deutschen Schweiz 1014 und im deutschsprachigen Ausland 1045, zusammen also 26 961 Einheiten (82,1 Proz. Neuerscheinungen und 17,9 Proz. Neuaufgaben). Deutschland ist also mit 85 Proz., das Ausland mit 15 Proz. dabei vertreten. Im Jahre 1929 waren es 27 002 Veröffentlichungen. Von der reichsdeutschen Verlagsproduktion des Jahres 1930 erschienen 28,4 Proz. = 6600 Bücher in Berlin, 15,6 Proz. = 3629 in Leipzig und der Rest von 56 Proz. = 12 951 verteilte sich auf eine ganze Reihe von Verlagsorten. Nach Wissenschaftsgebieten - diesmal wurde noch die alte Einteilung in 27 Gruppen benutzt - stehen im Deutschen Reich folgende zehn Gruppen an der Spitze: 1. Schöne Literatur (3549), 2. Religionswissenschaft, Mythologie, Theologie (1972), 3. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Politik, Statistik (1947), 4. Schulbücher, Stenographie (1623), 5. Rechtswissenschaft (1543), 6. Technische Wissenschaften, Handwerk (1449), 7. Jugendschriften (1219), 8. Heilwissenschaft, Tierkunde (999), 9. Handel und Verkehr, Industrie (837) und 10. Erziehung und Unterricht, Jugendbewegung (801). An 27. Stelle kommt die Gruppe: Klassische Sprachen und Literatur (108). Die führenden fünf Gruppen des Berliner Verlags sind: 1. Schöne Literatur (1029), 2. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Politik, Statistik (1019), 3. Rechtswissenschaft (727), 4. Technische Wissenschaften, Handwerk (587 - 40 Proz.), 5. Handel und Verkehr, Industrie (383). Der Leipziger Verlag weist in folgenden fünf Gruppen seine höchsten Ziffern auf: 1. Schöne Literatur (725), 2. Schulbücher, Stenographie (352), 3. Heilwissenschaft, Tierkunde (217), 4. Jugendschriften (215) und 5. Religionswissenschaft usw. (165). Die sonstigen reichsdeutschen Verlagsorte sind vor allem führend in den Gruppen: Schöne

Literatur (1795), Religionswissenschaft usw. (1590) und Schulbücher usw. (1155). Von der buchhändlerischen Verlagsproduktion erschienen im ersten Halbjahr 1930 insgesamt 12 759, oder 617 weniger als im ersten Halbjahr 1929, und im zweiten Halbjahr 1930 insgesamt 14 202 oder 576 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Bündige Schlüsse über die konjunkturelle Lage darf man daraus wohl nicht ziehen, denn die bibliographische Verarbeitung hint der Produktion mehr oder weniger erheblich nach. Das Oster-, Reise- und Weihnachtsgeschäft dürfte aber den Zeitpunkt für die zu erteilenden Druckaufträge wesentlich bestimmen. Gegen 1929 zeigen die Monate Mai mit 2272 (+ 487) und Dezember mit 2898 (+ 330) die größten Zunahmen, die Monate März mit 2436 (- 174) und Juni mit 2029 (- 689) die größten Abnahmen der buchhändlerischen Tätigkeit. -- Von einem Verlagsbau im Buchhandel ist noch nichts zu merken. In Reichswährung erschienen 1930 25 569 Einheiten; ihr Ladenpreis beträgt 100 095,30 M. Das sind nur kümmerliche 87,02 M. weniger als im Vorjahr. Der Durchschnittsladenpreis war am höchsten in den Monaten Januar (8,61 M.) und Oktober (7,74 M.), am niedrigsten im Monat September (5,20 M.); im Dezember betrug er 5,74 M. Es ergab sich im Jahre 1929 ein Jahresdurchschnitt von 6,19 M., im Jahre 1930 ein solcher von 6,26 M. Erhebliche Preissteigerungen traten ein in den Wissenschaftsgruppen: Religionswissenschaft usw. (von 3,96 auf 4,29 M.), Naturwissenschaften (von 12,02 auf 14,31 M.). Schulbücher (von 1,86 auf 1,94 M.), Jugendschriften (von 1,81 auf 2 M.), Klassische Sprachen und Literaturen (von 7,31 auf 11,12 M.). Preisänderungen waren zu vergleichen bei den Gruppen: Rechtswissenschaft (von 6,71 auf 5,77 M.), Heilwissenschaft (von 12,86 auf 11,03 M.), Schöne Literatur (von 3,96 auf 2,85 M.), Kunst und Kunstgewerbe (von 35,04 auf 32,81 M.). Die Durchschnittsladenpreise wurden ermittelt für die Jahre 1908

Zu diesen Untersuchungsergebnissen kommt eine starke Unfallgefahr, die bisher in der Öffentlichkeit sehr wenig Beachtung gefunden hat, da die Zahl der im Tiefdruck Beschäftigten und in der Berliner Christenanklasse für das Buchdruckgewerbe Berücksichtigung ziemlich klein ist, die Unfallzahlen daher gering erscheinen. Im Jahresbericht der Christenanklasse für das Buchdruckgewerbe für das Jahr 1929/30 sind 16 Unfälle von Tiefdruckern bei etwa 150 Beschäftigten und 180 Unfälle von Notations-Hilfsarbeitern gemeldet. Nach dem Bericht der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft sind die durch Unfälle und Entschädigungsstellen am meisten belasteten Maschinen in folgender Reihenfolge aufgeführt:

Tiefdruckrotationsmaschine	101,75 M.
gewöhnliche Notationsmaschine	53,01 M.
Tiefdruckpresse für Wagen	51,58 M.
Steindruckschnellpresse	34,02 M.
Gummidruck-Notation	22,70 M.
Buchdruckschnellpresse	13,96 M.
Gummidruckpresse	13,27 M.
Tiegedruckpresse	12,44 M.

Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Ich möchte dabei die Frage offen lassen, in welchem Maße die Gesundheits-schädigungen durch Exzeldünste die Unfallgefahren vermehren.

Nach diesen Ausführungen dürfte es nicht schwer fallen, folgende Forderungen als berechtigt anzuerkennen und zu unterstützen:

1. Die Arbeitszeit in Tiefdruckbetrieben ist auf täglich 6 Stunden zu beschränken.
2. Die Luftverhältnisse in Tiefdruckbetrieben sind chemisch zu untersuchen, Entlüftungs- und Ventilationsanlagen sind entsprechend zu verstärken, dieselben sind bei Neuaufstellungen von Tiefdruckmaschinen sofort zweckmäßig anzulegen.
3. Bei Schichtarbeit muß zwischen jeder Schicht eine gründliche Entlüftung erfolgen.
4. Wasserkocher, Lappenkästen und Zylolgefäße müssen geschlossen sein. Eß- und Garderobenräume sind vom Tiefdruckraum getrennt einzurichten.
5. Jugendlichen Personen unter 18 Jahren ist die Beschäftigung in Tiefdruckräumen verboten, da ein in der Entwicklung befindlicher Körper gesundheitsgefährlichen Einflüssen leichter ausgesetzt ist.

Tritt bei Durchführung der Arbeitszeitverkürzung im Tiefdruck auch keine sofort fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes ein; ersticht auch die Forderung im Moment geeignet, den Tiefdruck hemmend zu beeinflussen, so bedeutet einerseits eine eventuelle Hemmung, vom Gesichtspunkt des Gesamtgewerbes betrachtet, keine Schädigung, sondern nur ein Anpassen an die technische Entwicklung, andererseits aber, und das ist die Hauptsache, wird die Gesundheit der im Tiefdruck Beschäftigten erhalten, was nicht nur im Interesse des Gewerbes, sondern auch im Interesse des Volksganzen liegt.

Berlin.

H. Dw.

Gewerkschaften und das neunte Schuljahr

Eine Kommission, die von den freien Gewerkschaften gemeinsam mit den sozialdemokratischen Lehrern eingesetzt wurde, hat für die Verlängerung der Schulzeit einen Lehrplan aufgestellt, der die Zustimmung der Vorstände des DGB, und des IFA-Bundes gefunden hat. Bei der Wichtigkeit, die die Frage heute für die gesamte Arbeiterchaft hat, ist es notwendig, sich die Vorschläge anzusehen und sie auf ihre Durchführbarkeit zu prüfen. Darüber besteht kein Zweifel mehr, daß die Einführung eines neunten Schuljahres wesentlich zur Entlastung des Arbeitsmarktes beiträgt. Auch stehen der Durchführbarkeit weder große finanzielle noch wirtschaftliche Gründe entgegen, wie etwa

mit 3,48 M., 1917 mit 2,69 M., 1925 mit 4,78 M., 1926 mit 5,21 und 1930 mit 6,26 M. Bald wird also eine volle Verdoppelung seit 1913 erreicht sein, wenn mit dem Preisabbau nicht ernst gemacht wird.

Den Buchgewerbler interessiert wohl ganz besonders die Tatsache, daß die Fraktur gegenüber der Antiqua am Boden immer mehr verliert. In der Vorkriegszeit waren rund 44 Proz. der Bücher in Antiqua gedruckt, während des Krieges verminderte sich ihr Anteil auf 35 Proz., liegt aber bis zum Jahre 1928 bis 43 Proz., und 1930 wurden schon 49,3 Proz. ermittelt. Die Fraktur ging seit 1928 von 56,6 Proz. auf 50,3 Proz. zurück und dürfte bald in die Minderheit geraten, trotzdem sehr starke Verbreitungen im Kreise des Buchhandels vorhanden sind, gegen die Antiqua anzukämpfen. Sogar in der schönen Literatur ist der Anteil der Antiqua schon ziemlich erheblich; 2992 Frakturbücher stehen 1121 Antiquabüchern gegenüber. Und wie sieht es bei den Schulbüchern aus? Da ist das Verhältnis 1277 zu 583 zugunsten der Fraktur. Bei den Technischen Wissenschaften ist es umgekehrt: 225 Fraktur zu 1331 Antiqua. — Von 26 000 deutschen Verlags-erzeugnissen sind 1235 aus fremden Sprachen übersetzt und 901 erschienen außerdem in fremden Sprachen.

Wer etwas phantastisch begabt ist, der kann sich aus diesen Zahlen schon eine anschauliche Vorstellung darüber machen, was eine Fata Morgana für den Büchermarkt geworden und umgewandelt wird. Freilich mühten nun noch die Antiquare, die Verkaufslagenaufkäufer und Altpapierhändler zu Rate gezogen werden, um von ihnen zu erfahren, ob nicht wesentliche Bestände der Verlagsproduktion durch sie in ganz andere Bahnen gelenkt werden, als es sich die hoffnungs- treudigen Autoren und Verleger einmal dachten.

H. Rothensfelder.

der Arbeitsdienstpflcht oder des Arbeitsdienstes, die die öffentlichen Finanzen in ungeheurer Maße belasten würden. Erwähnt sei auch, daß eine gemeinsame Kommission des DGB und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale sich gleichfalls für die Heraushebung des Schulentlassungsalters ausgesprochen hat.

Im Gegensatz zu der preußischen Staatsregierung, die die Verlängerung der Schulzeit auf zwei Jahre be- grenzen will, schlägt die Kommission die Verlängerung der Schulzeit als ständige Einrichtung zum Zwecke der organischen Verbindung von Volks- und Berufsschule vor. Die Folge dieses Vorschlages, dem man zustimmen muß, wäre, daß das neunte Schuljahr nicht nach Überwindung des wirtschaftlichen Krisenzustandes wieder beseitigt werden kann. Das ist durchaus richtig, denn selbst bei einer wirtschaftlichen Besserung kann nicht damit gerechnet werden, in der heutigen kapitalistischen Wirtschaft die Krise auf lange Dauer auszufallen. Die Wiedereinführung aber löst neue Kämpfe und Auseinandersetzungen aus.

Die Kommission führt für die Einführung und Aus- gestaltung des neunten Schuljahres drei Gründe an: 1. Das Interesse der Jugendlichen selbst, 2. die wirtschaft- lichen und gesellschaftlichen Verhältnisse unserer Zeit und 3. schulorganisatorische Notwendigkeiten.

Punkt 1. geht von der Voraussetzung aus, daß heute in- folge der rationalen Arbeitsmethoden große Anforderungen an Körper und Geist des Jugendlichen gestellt werden. Das neunte Schuljahr soll dem Jugendlichen die Möglich- keit geben, sich mehr auf seinen Beruf vorzubereiten. Gleich- zeitig bedeutet die Verlängerung der Schulzeit eine Er- weiterung des Jugendstudiums. Punkt 2. erblickt in der Ver- längerung der Schulzeit eine Entlastung des Arbeits- marktes. Es wird dabei betont, daß das neunte Schuljahr auch in der Landwirtschaft durchgeführt werden muß und daß die minderbemittelten Eltern eine angemessene Wirt- schaftshilfe aus öffentlichen Mitteln erhalten. Aus- nahmen, wie die Land- und Forstwirtschaft sie für sich ver- langt, lassen die Vorschläge nicht zu. Das neunte Schuljahr soll allgemein eingeführt werden und als Dauereinrichtung gelten. Punkt 3. fordert die Verbindung von Volks- und Berufsschule in der Weise, daß das neunte Schuljahr als Übergangsjahr angesehen wird. In der Volksschule soll in den vier oberen Klassen praktischer Arbeitsunterricht in den Vorbergnnd gerückt werden. Gleichzeitig wird eine reichsgehegliche Regelung gefordert und die Schaffung eines Reichsberufsschulgesetzes.

Die Zielsetzung für das neunte Schuljahr erblickt die Kommission in folgenden vier Vorschlägen: 1. Berufs- findung und Berufsvorbereitung durch praktische Arbeit, 2. Wirtschaft- und Gesellschaftskunde, 3. Ausdrucks- und 4. Gesundheitspflege.

Vorgelesen ist die praktische Arbeit und fachkundliche Unterweisung, zeichnerische und kalkulatorische Übungen. Die Schüler sollen Gewandtheit und Handfertigkeit er- zeichnen, mit Arbeitsmitteln und Arbeitsstoff vertraut werden und an ihrer Arbeit Schaffensfreude erleben. Damit dient das neunte Schuljahr der Berufsvorbereitung und schafft schließlich die Voraussetzung für eine Verkürzung der Lehrzeit. Für die praktische Arbeit sollen Werkstätten, Werkstätten und Arbeitsräume eingerichtet werden. Vor- gegeben sind fünf Gruppen, und zwar 1. eine technische Gruppe, die die gesamte Industrie umfaßt, 2. eine Gruppe für Lebensmittelherstellung und Lebensmittelverpackung und Hauswirtschaft, 3. eine Gruppe für Handel, Verkehr und kaufmännische Berufe, 4. eine kunstgewerbliche Gruppe und 5. eine landwirtschaftliche und gärtnerische Gruppe. Es wird betont, daß diese Gruppierung keine feststehende ist, sondern sich nach jeder Richtung hin, was sich aus der Praxis ergeben wird, abändern werden kann.

Der wichtigste und gesellschaftsständliche Unterricht soll die Jugendlichen mit der heimatischen Umgebung, den öffentlich-rechtlichen Einrichtungen und den wirtschaft- lichen und politischen Organisationen vertraut machen. Die Ausdrucks- und die Jugendlichen unterweisen in der Führung von Protokollen, schriftlichen und mündlichen Berichterstattung, Korrespondenz aller Art, Zeichnen, Malen, Schrift- und Schmuckform, Reklame usw. Zweck dieser Einrichtung ist die Veredelung des Jugend- lichen in mündlichen und schriftlichen Ausdrucksformen. Die Gesundheitspflege sieht Leibesübungen, Gauerhaltung des Körpers, Wanderungen, Aufklärung über ge- sundheitliche Fragen usw. vor.

Die Unterrichtszeit dauert täglich fünf Stunden, wovon der größte Teil der praktischen Arbeit gewidmet ist. Ein Wochentag ist abwechselnd als Wanders-, Arbeits- oder Studientag vorzusehen. Der Unterricht ist lebendig in Form der Arbeitsgemeinschaften zu halten.

Diese Vorschläge sind zu begrüßen. Mag die Praxis er- geben, daß in diesem oder jenem Punkt Änderungen notwendig sind, so haben wir hier aber doch durchaus durch- führbare Vorschläge in der Hand. Sie bilden die Grund- lage für die Einrichtung eines neunten Schuljahres. Vor allem verursacht die Durchführung nur geringe Kosten. Nach Berechnung des preußischen Handelsministeriums würde die Einführung des neunten Schuljahres in Preußen, das zwei Drittel der deutschen Bevölkerung um- faßt, einen Aufwand von 23 Millionen Mark einschließlich der Beihilfen für die Eltern kosten. Dabei setzt das Handelsministerium einen Arbeitsverschleiß an den Ma- schinen von 4 Millionen in seinen Etat ein und berechnet die Durchführungsbeihilfe einer Einkommens mit 3 M. Augenommen, daß diese Berechnung stimmt, würde das für ganz Deutschland einen jährlichen Mehraufwand von 30 bis 35 Millionen Mark erfordern. Demgegenüber stehen Ersparnisse in der Arbeitslosenversicherung in Höhe von 160 Millionen, in Preußen allein nach Schätzungen des Handelsministeriums 104 Millionen Mark. Die Gesamt-

zahl der Kinder, die davon betroffen werden, beträgt jähr- lich etwa 800 000, in Preußen 553 000. Man halte hier- gegen die Kosten, die die Einführung der Arbeitsdienst- pflicht erfordern: 450 000 Mark 14 Millionen, 800 000 Mann etwa 2,5 Milliarden Mark. Dagegen das neunte Schuljahr den Betrag von rund 33 Millionen Mark.

Zu begrüßen sind auch die Vorschläge hinsichtlich der or- ganisatorischen Einrichtung des neunten Schuljahres. Das neunte Schuljahr als Verbindungsglied zwischen Volks- schule und Berufsleben wird zweifellos gute Folgen zeitigen. Es wird dem Jugendlichen dadurch das Eindringen in das Berufsleben leichter, er hat eine gewisse Vorbereitung erhalten, die ihm zugute kommt. Darüber läßt sich allerdings streiten, ob täglich fünf Stunden ausreichend sind oder ob nicht im Interesse der geistigen und körperlichen Erleichterung der Jugendlichen die tägliche Stundenzahl auf 6 oder 7 festzusetzen wäre. Die Meinung wird hierüber auseinandergehen.

Somit aber kann man die Vorschläge nur billigen. Sie weisen einen Weg, der hinausführt aus dem jammervollen Dasein, in dem sich unsere schulentlassene Jugend befindet. Daß heute sowohl die achtjährige Schulspflicht wie der acht- stündige Arbeitstag überholt ist, ergibt sich aus der Ent- wicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Ein Ausweg muß gesucht werden, und zwar bald und schnell.

E. W. K. (Berlin).

Korrespondenzen

Berlin. (Korrespondenzen.) Die Halbjahrsver- sammlung des Berliner Korrekturenvereins am 14. Juni war von 80 Kollegen besucht. In An- betragt der außerordentlich günstigen Witterung sollte auch diese Versammlung soviel wie möglich gekürzt werden. Zunächst wurde das Ansehen des am 7. Juni verstorbenen Kollegen Oswald Rieger in der üblichen Weise geehrt. Nach Erledigung der allgemeinen Formali- täten nahm der Vorsitzende, Kollege L u g e, das Wort zu seinem Bericht über die Vorgänge im Verein während der Zeit seit Anfang dieses Jahres. War das Jahr 1930 ein Krisenjahr ersten Ranges in bezug auf die Arbeitslosig- keit, so setzte dieses Jahr mit einer noch schlechteren Kon- junktur ein. Der Redner ließ alle besonders wichtigen Ver- bandsangelegenheiten Revue passieren, u. a. Lohnabbau- schiedspruch, allgemeine Arbeitslosigkeit und die daraus entstehende Belastung unserer Verbandstafel, und dann auf die eigenen Spartenangelegenheiten zu sprechen zu kommen. Der höchste Stand der Arbeitslosigkeit unter den Korrek- turen war in der Woche vom 18. bis 24. April mit 98 Kol- legen; seitdem ist erfreulicherweise ein Sinken der Zahlen zu verzeichnen, was zum Teil auf Urlaubsvorteilungen zurückzuführen ist. Außer der Jahreshaushaltsversammlung im Januar fanden noch vier Versammlungen statt. Im März hielt Herr Professor Mart A b r a m o w i t s c h einen Vor- trag über „Kultur und Klasse“. Am 22. März wurde das Parteiarbeit der SPD. bestritten. An die Arbeiterab- teilung, die ausnahmsweise nachmittags abgehalten wurde, schloß sich ein gefälliges Beisammensein mit Familienange- hörigen und Wästen an, das einen außerordentlich her- monischen Verlauf nahm. — Die Mitarbeiterabteilung brachte uns einen Vortrag des Kollegen Artur B e h o l d über „Gewerkschaftsarbeit im heutigen Staat“. Auch die im Mai einberufene Vertrauensmännerversammlung sämtlicher in Betracht kommenden Betriebe wies leider eine geringe Teilnehmerzahl auf. Der Vorstand hielt sechs ordentliche und eine außerordentliche Sitzung ab. Der Versammlungs- beschluß weist der Reihe nach folgende Zahlen auf: 118 (bis jetzt höchstzahl), 76, 101, 78, 67. Der Mitgliedverband trägt gegenwärtig mit Hinzuziehung der inzwischen Neu- eingetretenen und unter Abrechnung der Gestorbenen, Ausgetretenen, Ausgeschlossenen sowie der in den In- validentag Getretenen 427, das ist eine mehr als zu Beginn des Jahres. Zur 35jährigen Zugehörigkeit zur Sparte konnten die Kollegen Asar W i l l e r und Otto Friedrich sowie das Spartenmitglied Franz Serrenbrück zu seiner 65jährigen Verbandzugehörigkeit beglückwünscht werden. Die Vertrauensmännerversammlung im Mai hatte den Zweck, eine Statistik darüber aufzustellen, wie- viel Maschinen- und Handlöhner in den einzelnen Be- trieben Korrekturen gegenüberstellen. Gleichzeitig hiermit ist die Absicht verbunden, dafür zu sorgen, mehr Korrek- turen in Kondition zu bringen, um dadurch den Arbeits- nachweis zu entwickeln. Mit dieser Statistik hatte sich hauptsächlich die außerordentliche Vorstandssitzung befaßt. Damit der Vorstand jederzeit in der Lage ist, in dieser Be- ziehung Auskunft zu geben, soll ein Kartothek angelegt werden. Der Kassendebent, über den der Kassierer K ö h - l e r Aufschluß gab, kann trotz der hohen Ausgaben immer noch als günstig angesehen werden. Wie der Kassier K r e i s e r S t e p h a n mitteilte, gab der Bericht zu Beanstandungen keinen Anlaß, ebensowenig der Vorstandsbericht. Neu ins Leben gerufen wurde im Februar der Rechtfertigungsaussch. Aus dem Bericht, den Kollege S c h w a r z erarbeitete, konnte man entnehmen, daß ein solcher Ausschluß für die Kollegen- schaft sehr legerreich wirken kann und ihm auch lebhaftes Interesse entgegengebracht wird. Es sollen Abende ein- gerichtet werden, an denen sich die Kollegen Rat und Zus- kunft in allen Rechtfertigungsfragen holen können. Zum Juli fällt die Versammlung aus, und für den 9. August ist ein Ausflug geplant mit gleichzeitiger Beschäftigung der Bundesleitung in Bernau, woran auch Familienangehörige und Gäste teilnehmen können.

K. Duisburg. Am 14. Juni fand im „Volkshaus“ Ober- hauen (Rhd.) unsere zweite Bezirksversammlung in u n g statt, die einen zahlreichen Besuch aufzuweisen hatte. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Referat des Kol- legen Otto F i e d e r (Berlin), das sich eingehend mit der Wirtschaftskrise befaßte. Der Redner stellte fest, daß die Regierung Brünning sich bisher stets den Forderungen des Unternehmertums gegenüber schwächlich gezeigt und ihre Wünsche in bezug auf Lohn- und Gehaltsabbau zu- lasten der breiten Masse weitgehend erfüllt bzw. unterläßt hat, ohne daß sich die angekindeten krisenmildernden Wir- kungen im deutschen Wirtschaftsleben gezeigt haben. Die Erfahrung lehrt, daß die Wirtschaftskrise durch derartige Maßnahmen nicht behoben werden kann, daß durch eine weitere Schwächung der Kaufkraft der breiten Masse auch

die Steuererlässe um ein relativ Vielfaches zurückgehen und daß die Bevölkerung sich nach einigen Monaten in einer noch größeren Notlage befinden wird. Die Krise könne nur in Verständigung mit den Arbeitnehmern und nicht im Kampf gegen sie überwunden werden. Der von Unternehmerseite in kürzester Frist entwickelte Angriff auf die Arbeitermergerorganisationen wird aber nur dann wirksam abgewehrt werden können, wenn die organisierte Arbeiterkraft innerlich gesund und geehrt dasteht. Auf Verbänden und Spartenfragen näher eingehend, betonte der Redner, für die Stärkung der Sparten besteht zu sein, da sie die Pfeiler des Verbandes seien. Je stärker die Sparten, desto inniger wird der Zusammenhalt der Kollegen sein und um so gestärkter werden wir dann im täglichen Arbeits- und Lohnkampf dastehen. Der Vortrag fand ungeteilten Beifall der aufmerksam zuhörenden Versammlung. In der anschließenden Aussprache protestierte man ganz energisch gegen jede weitere Belastung der Arbeitnehmererschaft und lehnte die Notverordnung der Reichsregierung als eine neue unerträgliche Belastung der breiten Masse ab. Entschieden wandte man sich gegen die Regierungspolitik, die den reaktionären Strömungen nachgegeben hat und sich wiederum im äußerster Einseitigkeit gegen die Arbeitnehmer richtet. Man appellierte an den Vorstand des DGB, an die politischen Parteien und nicht zuletzt an das Gewissen der öffentlichen Meinung mit der Aufforderung, alles aufzubieten und eine weitere Belastung der minderbemittelten Bevölkerung abzuwehren, weil sonst die staatspolitischen Folgen unabsehbar sein werden.

Düsseldorf. Der erste Vorsitzende der Zentralkommission der Handwerker, Kollege Otto Fiedler (Berlin), referierte am 13. Juni in unserer Bezirksversammlung über „Verband und Sparten in der Wirtschaftskrise“. Er führte aus: Die gegenwärtige Wirtschaftskrise, die an Zeitdauer und Schwere alle bisherigen Krisen übertrifft, ist über ihren wirtschaftlichen Ursprung hinausgewachsen, sie wird jetzt benutzt zum Angriff auf die Organisationen der Arbeiter. Die Unternehmer machen die Lohn- und Arbeitszeitpolitik der Gewerkschaften verantwortlich für die Krise, die doch durch den Lohnabbau eine enorme Vertiefung erfahren hat infolge Schwächung des Innenmarktes. Für uns steht fest, daß die Regierung dem Druck unserer wirtschaftlichen Gegner nachgegeben hat, ohne überzeugt zu sein, daß deren auf Lohnabbau gerichteten Bestrebungen der Wirtschaft helfen würden. Der Mitgliederstand der meisten Organisationen erleichterten leider den Lohnabbau. In dem Reichstagswahlergebnis, das eine Stärkung der reaktionären Kräfte darstellt, ist der Ursprung des gegen die Arbeiterseite gerichteten Kurzes der Regierung zu sehen. Nicht Organisationsfragen mit revolutionär klingenden Namen zwingen dem Unternehmer Respekt ab (darüber lächeln unsere Industriekapitäne in stiller Freude), ihr Kampf richtet sich lediglich gegen die freien Gewerkschaften, die wir, um gerüstet zu sein zu dem großen zukünftigen Umwälzungsprozess, stark erhalten müssen. Zukunftsgerichtete führen uns Proletariat geführte Mittelstandsverbände den Kampf mit den Unternehmern gegen uns, aber schon heute leidet der Mittelstand durch den Lohnabbau. Jetzt stellt sich in diesem Punkt die öffentliche Meinung langsam um; auch der Reichsarbeitsminister hat erkannt, daß er in einem „Trotzgerade“ die Zwangsliquidation im Dienst der Unternehmer wirkte, was sie gut. Wenn das die Regierung aber ablehnt, schreit man nach Einzelarbeitsverträgen. Was man darunter versteht, zeigt der Ausbau der Leistungszulagen. Zu den letzten Verhandlungen übergehend, betonte Kollege Fiedler, daß der Manteltarifabschluß nicht unglücklich gewesen sei. Beim Lohnstarif wirkte mit, daß vor dessen Verbindlichkeitsklärung Ausbau in vielen Industrien erfolgt war, darunter auch in einem graphischen Bereich. Erster Erwähnung bedarf die Finanzlage des Verbandes. Beitragserhöhung oder Herabsetzung der Unterstufungen steht zur Debatte. Die Mitgliedschaften sollen durch Meinungsabdruck dem Verbandsvorstand ihre Auffassung bekanntgeben. Zu den Sparten übergehend, erklärte er, daß die Frage ihrer Existenzberechtigung nach 30-jährigem Bestehen der Sparten recht müßig sei. Die technische Entwicklung ist nicht stehengeblieben. In modernen Großbetrieben kennen sich nur noch die Mitglieder der einzelnen Berufsgruppen. Spartenarbeit ist noch nie zum Nachteil der Kollegen gewesen. Der Verbandsvorstand steht auf dem Standpunkt, daß sie notwendig sind. Zu neuen Notverordnungen sich wendend, gegen die eine Entschärfung vorliegt, betonte er auf einen Zwischenruf, daß es hierüber nur eine Meinung geben kann, daß sie ein einziger großer Betrug an der Arbeitererschaft ist, genau wie die erste. Für uns gilt, so appellierte der Referent zum Schluß, Gesamtorganisation und Glieder fest zusammenzuschließen um die Stärke zu überleben. Starke Beifall lohnte dem Kollegen Fiedler. Die in der Diskussion in die Erscheinung getretene Abarbeitung mit dem Referenten machte nur ein kurzes Schlußwort nötig. Dann wurde folgende Resolution, die bereits unter Punkt 1 eingebracht war, einstimmig angenommen: „Die am 13. Juni im Volkshaus“ tagende Versammlung des Bezirksvereins Düsseldorf im Verband der Deutschen Buchdrucker wendet sich entschieden gegen den neuen Raubzug auf die Taschen der Schaffenden sowie auf die Taschen der Armen (die der Erwerbslosen) durch die neue Notverordnung des Kabinetts Brünning. Versammlung erwartet vom DGB, schärfsten Kampf durch Appell an die Volksmasse. Von der Fraktion der SPD, die den Gewerkschaftsfolgen verantwortlich ist, weil es vor der Wahl am 14. September hieß, daß Partei und Gewerkschaften eins seien, erwartet Versammlung, daß sie diesen neuen Raubzug nicht mitmacht, sondern dafür sorgt, daß der Reichstag wieder eingeschaltet wird und die neue Notverordnung zu Fall bringt.“ — (Eingangswies der Vorsitzende, Kollege Böhringer, darauf hin, daß Kollege Schindlbieder am 21. Mai einen Unfall erlitten, an dessen Folgen er noch im Krankenhaus liegt. Wir wünschen ihm baldigste volle Genesung.

Weimar. Die graphischen Verbände Weimars haben am 12. Juni in einer hart beschlagenen Versammlung nach einem Referat von Gaultier M a d e r (Buchdrucker) Stellung genommen zu den Tagesfragen der Gegenwart und kamen unter ausdrücklicher Betonung und Förderung geschlossenen Handelns und solidarischen Verbundenseins zu folgendem

Ergebnis: Der durch staatlichen Zwang und Unternehmerterror rücksichtslos durchgeführte Gehalts- und Lohnabbau hat nachweisbar die wirtschaftlichen Zustände in Deutschland nicht zu bessern und die Arbeitslosigkeit nicht abzumindern vermocht. Im Gegenteil: die Wirtschaftslage hat sich mit der ersten Gehalts- und Lohnabbauwelle noch katastrophaler gestaltet und die Finanzen des Staates völlig durcheinander gebracht. Trotz des oft zutage liegenden Mißerfolges, durch Gehalts- und Lohnkürzungen die Wirtschaft wieder anzukurbeln, verlangen die Unternehmer einen weiteren und härteren Lohnabbau sowie die Lockerung der Tarif- und Sozialgesetzgebung. Und die Reichsregierung ist willig diesem Verlangen nachgegeben. Sie hat außerdem in der neuen Notverordnung allen Arbeitenden neue steuerliche Lasten auferlegt, den Arbeitslosen, Kriegssopfern und Rentenerpfindern, ihre sonst schon fargen Bezüge gekürzt. Diese Eisenbarke muß zum Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft und damit der Finanzen und des Staates überhaupt führen. Die graphische Arbeitererschaft Weimars verlangt daher die Aufhebung der Notverordnung in dieser Form. An ihre Stelle muß treten eine härtere Belastung aller Besitzenden, die Wiederherstellung der Kaufkraft der breiten Volksmassen und die Einführung der 40-Stunden-Woche mit Einstellungszwang und tragbarem Lohnausgleich zwecks Einziehung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess. Mit der übrigen Arbeitererschaft sagt die graphische Arbeitererschaft Weimars allen Bestrebungen auf weiteren Lohnabbau und der Lockerung der Tarif- und Sozialgesetzgebung härtesten Kampf an. Sie wird in diesem Kampf auch vor dem letzten Mittel nicht zurücktreten.

Allgemeine Rundschau

Naziüberfall auf Buchdruckerlehrlinge. Die Berliner Lehrabteilung im Verband der Deutschen Buchdrucker veranstaltete am 26. und 27. Juni eine Wanderschaft nach Halle und dem Saale. Etwa 800 freigewerkschaftliche Lehrlinge fanden sich im roten Saale zusammen. Die fastliche Zahl in ihrer blauen Kleidung und unter roten Bannern muß den dortigen Nazis sehr in die Augen gestochen haben. Eine wichtige Fester am Sonnabend im Volkshaus leitete die Fahrt ein. Nach Schluß der Feier zeigten sich Nazis in ihrer bekannten provozierenden Art. Ein Kuberboot, welches mit etwa 25 Kollegen besetzt war, wurde von einer Brücke herunter mit Fäulnis und Blechblößen beworfen. Ein Jungkollege wurde so schwer am Kopf verletzt, daß sofortige ärztliche Behandlung notwendig war. Ein zweiter wurde gleichfalls nicht unerheblich verletzt. Leider entkam die Strolche in der Dunkelheit, sonst hätten sie an Ort und Stelle ihre Strafe bekommen. Kampf waren die beiden Verletzten fortgeschafft, da sieben 40 dieser Helben über einen einzelnen Kollegen her und verletzten ihn schwer am Auge. Das vierte Opfer war ein Gruppenführer, der gleichfalls ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen mußte.

Die Jagd nach dem Protokollbuch. Ein bemerkenswerter Fall aus der heutigen Zeit, der festgehalten zu werden verdient, spielte sich in einem Ort des Gaus Mittelrhein ab. Dort war in einer Buchdruckerei ein Streit ausgebrochen, weshalb der Syndikus vom Deutschen Buchdrucker-Bereich eines Tages beim Vorstehen des Betriebsrats einstellte mit dem Verlangen, das Protokollbuch des Betriebsrats einsehen zu wollen. Auf einmal erklärte der Syndikus, daß das Buch nun ihm gehöre, worauf er damit verschwand. Nach Verständigung des örtlichen Verbandsfunktionärs begann nun eine Jagd nach dem verschwundenen Protokollbuch. Durch Zufall wurde er nach längerer Zeit auf der Straße entdeckt, worauf sich ein öffentlicher Kampf um den Besitz des Protokollbuches entspann, was einen größeren Menschenauflauf zur Folge hatte, der dem Protokollbuchjäger nicht gerade zur Ehre gereichte. Da die angereizene hohe Obrigkeit nicht einschritt, wurde nun auf Verabredung gemeinsam der Gang nach dem Arbeitsgericht angetreten. In einem unerwarteten Augenblick wurde daselbst dem noblen Syndikus das Protokollbuch, natürlich unter heftigstem Protest und Toben des gebildeten „Ademiteils“, wiederum abgenommen. Auf diese nicht ganz gewöhnliche Art kam das Protokollbuch wieder in den Besitz des Betriebsratsvorsitzenden. Dieser Vorkfall diene den Betriebsräten zur Lehre; dem Deutschen Buchdrucker-Bereich zu diesem mißlungenen Schwabenreich seines Vertreters im Kreise IV jedoch unsern Glückwunsch.

Hauptvorstandssitzung des Deutschen Buchdrucker-Bereichs. Die auf den 26. und 27. Juni nach Berlin einberufene obige Tagung beschäftigte sich neben organisatorischen Fragen im wesentlichen mit lohnpolitischen Fragen und der durch die Notverordnung in den Vordergrund gestellten Arbeitszeitverkürzung, zu der nach einleitenden Ausführungen des Generaldirektors Boeld und einer ausgiebigen Debatte folgende Entschärfung angenommen wurde: Der Hauptvorstand stellt mit Sorge die steigende Verschlechterung der gesamten Wirtschaft und insbesondere der Lage des Buchdruckerwerkes seit seiner letzten Sitzung fest. Die hierdurch herodgerufenen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, der noch immer nicht die gewünschte Entlastung zeigt, geben zu ersten Besorgnissen Anlaß. Trotzdem sind künftige Maßnahmen, die der freien Wirtschaftsentwicklung immer nur hemmende Fesseln auferlegen, nicht als das geeignete Mittel anzusehen, die Arbeitslosigkeit wirksam und dauernd zu bekämpfen. Der durch die Notverordnung in Aussicht genommene gesetzliche Zwang einer schematischen und generellen Verkürzung der Arbeitszeit kann nur eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit hervorzurufen, er muß daher einstimmige Ablehnung durch den Hauptvorstand finden. Derselbe Grundsatze jeder Maßnahme muß sein, daß für die Zukunft jede weitere Erhöhung der Gehaltskosten vermieden wird, da sie einen vermehrten Rückgang der Produktion und Schöpfung der Arbeitslosigkeit herbeiführen müßte. Unter der Voraussetzung, daß jede weitere Belastung der Betriebe vermieden wird, erklärt sich der Hauptvorstand damit einverstanden, daß in gemeinsamen Beratungen mit der Werkerschaft die Frage nachgeprüft wird, ob und inwieweit die wirtschaftlichen und technischen Verhältnisse der Druckereien es gestatten, geteilt die Arbeitszeit der einzelnen Arbeitnehmer zu verkürzen und dadurch die Möglichkeit zur Einstellung neuer Arbeitskräfte zu schaffen. Diesen Verhandlungen hat eine sorgfältige Vorprüfung durch die Kreise voranzugehen.

Bezüglich des Lohnstarifs, der bis zum 31. August 1931 läuft und falls er nicht geändert wird, eine Geltungsdauer von weiteren drei Monaten hat, gelangte der Hauptvorstand zu Entschärfung, „die der wirtschaftlichen und lohnpolitischen Lage Rechnung tragen“.

Neues Presse-Institut in Anklam. Der Rat der Volkswirtschaftler hat beschlossen, ein Institut zur Ausbildung von Schriftleitern und Mitarbeitern der russischen Presse einzurichten. Auch ältere Journalisten Russlands sollen hier ausgebildet werden.

Reichsstatistik für Wirtschaftlichkeit. Am 10. Juni 1931 konnte das Reichsstatistikamt für Wirtschaftlichkeit, das im Jahre 1921 vom Reichswirtschaftsministerium und vom Deutschen Verband Technisch-Wirtschaftlicher Vereine als Zentralstelle für die Wirtschaftlichkeitsbestrebungen ins Leben gerufen wurde, auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Einen wirksamen Einfluß auf die Rationalisierungsbestrebungen in Wirtschaft und Technik haben die Arbeiten des R.W.L. aber erst seit dem Jahre 1925/26 gewonnen, von dem ab regelmäßig Reichsmittel für diese Arbeiten zur Verfügung gestellt wurden. Auf diese letzten sechs Jahre erstreckt sich denn auch eine ausführliche Übersicht, die das R.W.L. über seine Arbeiten und deren Ergebnisse zusammen mit seinem Jahresbericht 1930 in einem stattlichen Band von mehr als 280 Seiten vorlegt. In dieser Zeit ist viel für und gegen die Rationalisierung gesagt und geschrieben worden. Mit vielen Irrtümern und einseitigen Bezeichnungen (z. B. Mechanisierung, Motorisierung, Funktionierung usw.) ist die Rationalisierung aufgebauscht worden. Für viele unerwünschte Erscheinungen, mit denen sie an und für sich gar nichts zu tun hat, wird sie neuerdings verantwortlich gemacht. Demgegenüber hält das R.W.L. in seinem Bericht fest an einer Rationalisierung als der „Erstellung und Anwendung aller Mittel, die Technik und planmäßige Ordnung zur Hebung der Wirtschaftlichkeit bieten“. An diese Feststellungen grundsätzlicher Art schließt sich in dem Bericht ein Überblick über Aufbau und Arbeitsweise des R.W.L. an. Da das R.W.L. im Interesse der Sicherstellung einer völligen Objektivität ausschließlich mit Reichsmitteln arbeitet, verdienen die Angaben über die Mittelverteilung besondere Beachtung. Insgesamt sind in den sechs Etatsjahren 1925/26 bis 1930/31 vom Reich 6 200 000 M. bewilligt worden. Die den arbeitenden Stellen zur Verfügung gestellten Summen belaufen sich in der gleichen Zeit auf 6 500 000 M., wobei zur Verteilung und zur Bestreitung der Verwaltungskosten Einnahmen aus Veröffentlichungen und Zinsen herangezogen wurden. Bei der fortgesetzten Verknappung der dem R.W.L. zur Verfügung gestellten Reichsmittel (im laufenden Etatjahr 120 000 M.) konnten nur noch die dringlichsten Arbeiten durchgeführt werden. Außerdem ist nunmehr der Fortbestand des R.W.L. selbst bereits in Frage gestellt. In übersichtlicher Form vermittelt der Bericht einen Einblick in die vom R.W.L. und den ihm nahestehenden Ausschüssen bearbeiteten Aufgaben und in die erzielten Arbeitsergebnisse. Es dürfte in der Natur der Art dieser Untersuchungen liegen, daß die rein technischen Fragen lange Zeit im Vordergrund gestanden haben und erst neuerdings auch eine gewisse Wendung zum Soziologischen genommen haben. Man könnte daraus schließen, daß auch im R.W.L. sich in zunehmendem Maße die Erkenntnis durchsetzt, daß vernünftige Rationalisierung in erster Linie den Menschen und nicht nur der sogenannten Wirtschaft zu dienen hat. Die bis jetzt vom R.W.L. durchgeführten Arbeiten, die den Menschen soziales als ersten Produktionsfaktor bewerten, wie dies auf den Gebieten der Berufsausbildung, Berufsausbildung und Bestimmung der Arbeit Ausdruck zu finden sucht, sind auch vom Arbeitervorstand aus anerkannt; aber sie scheinen immer noch als Folge von privatkapitalistischen Tendenzen in Betracht zu sein und sind im allgemeinen noch viel zu spärlich, um vorbeschaffte Auffassung und Förderung auch seitens der Arbeitervorstände zu können. Zu begrüßen wäre es daher, wenn die zukünftige Arbeit des R.W.L. sich weit mehr mit dem Faktor „Mensch“, in dessen Dienst jede Art Wirtschaftlichkeit zu stellen wäre, befassen würde. Wenn dabei die von ihm in Aussicht genommene Klärung der vielen umstrittenen Zusammenhänge zwischen Rationalisierung und Arbeitslosigkeit etwas weniger technisch, dafür aber um so mehr volkswirtschaftlich angefaßt würde, so könnte wahrscheinlich manche weitere sozialpolitische, in ihrer letzten Konsequenz wirtschafts- und volkswirtschaftliche Entartung der Rationalisierung vermieden werden.

Denkschrift zur Kriegsoffergenerierung. Der Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerverwundener, Berlin SW 68, Charlottenstraße 85, hat dem Reichstag, der Reichsregierung, den sonst maßgebenden Stellen und den Reichstagsabgeordneten eine Denkschrift zur Kriegsoffergenerierung zugeleitet. Dieselbe enthält auf 35 Druckseiten Gegenüberstellungen des bisherigen Gesetzeswortes mit den Bestimmungen der Notverordnungen und dazu jeweils eingehende Stellungnahme und Vorschläge des Reichsverbandes. Der Inhalt der Eingabe wendet sich vor allem gegen den Fortfall von Heilbehandlung für Verwundungsfolgen und Kriegsebenen, die Entziehung von Kinderzulagen bei Beschädigten, die Beschleicherungen und Einschränkungen der Hinterbliebenen einschließlich Kriegerelementerzeugung und die darüber hinaus erfolgten allgemeinen erheblichen Rentenkürzungen. In Hand von Beispielen wird nachgewiesen, daß Rentenkürzungen in nicht verantwortlicher Höhe erfolgt sind. Die Beispiele ergeben, daß Kürzungen in Höhe bis 80 Proz. und mehr vorgenommen wurden. Die übersichtliche Zusammenfassung des Reichsverbandes gibt für die demnächst im Reichstag erfolgende Behandlung der Kriegsoffergenerierung beachtliches Material.

Die soziale Bedeutung der deutschen Bauhüttenbewegung. In stiller und emsiger Arbeit hat sich nicht in der privatkapitalistischen Wirtschaft ein Zweig sozialistischer Gemeinschaft entwickelt, auf den wir gerade in der Zeit politischer und sozialer Rückschläge stolz sein können. Die sozialen Baubetriebe sind uns ein Beweis, daß die Idee der Gemeinwirtschaft lebt, daß verheißungsvolle Ansätze zum Sozialismus vorhanden sind. Einen Beleg davon gibt uns ein Besuch der Abteilung „Die freien Gewerkschaften und ihre Betriebe“ in der Deutschen Bauausstellung in Berlin. Man sieht, daß die sozialen Baubetriebe verdienen, der Arbeit und Produktion neuen Geist einzubringen. Sie sind die natürlichen Erben einer Wirtschaftsordnung, die keine Existenzberechtigung mehr hat.

